

V.i.S.d.P.
Ulrich Becksmann, Am Kegelsgrund 26, 76229 Karlsruhe

Pressemitteilung

16.09.2013

Die großen Parteien beantworten die Wahlprüfsteine der Aktionsgemeinschaft

Bündnis 90/Die Grünen sehen in der zukunftsweisenden Technologie der elektrischen Wärmespeicherheizung weiterhin den Buhmann der Energiewende

Das Erschütterndste und Unverständlichste der Parteienantworten auf die Wahlprüfsteine der Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe ist die Antwort von Bündnis 90/Die Grünen auf die Frage nach der Zukunft der elektrischen Wärmespeicherheizungen (bisher „Nachtspeicherheizungen“ genannt). Einerseits sollen sie den Energieeinspar- und Klimazielen entgegenstehen, solange die Stromversorgung nicht ganz oder überwiegend durch erneuerbare Energien erfolgt (besonders ineffiziente und teure Form der Wärmeengewinnung). Andererseits streben sie eine 100% erneuerbare Stromversorgung schon im Jahr 2030 an und kann nach ihrer Ansicht bereits 2020 die Hälfte des Strombedarfs in Deutschland durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Die Nachstromheizungen sollen, da sie zum Großteil Kohlestrom beziehen sollen, so die enorm schädlichen Kohlekraftwerke länger am Netz halten. So ein Unsinn!

Zur Erinnerung: Am 13. Juli 2013 ist das geänderte Energieeinsparungsgesetz (EnEG) in Kraft getreten. Es hat die Ermächtigung zur Ausmusterung der Nachtspeicherheizungen aufgehoben und den §10a der EnEV 09 damit unwirksam gemacht. Zur Verabschiedung des Gesetzes hatten die Regierungsparteien einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Bei der Abstimmung am 16. Mai hatte sich die SPD der Stimme enthalten, Grüne und Linke hatten die Änderung abgelehnt. Im Bundesrat konnte die Blockade durch Überweisung des Gesetzes an den Vermittlungsausschuss nur durch die Stimmen des Rot/Rot regierten Landes Brandenburg verhindert werden. Deshalb hat die Aktionsgemeinschaft diese Position hinterfragt.

Bündnis 90/Die Grünen wollen oder müssten zur Erreichung ihres Ziels das EnEG erneut ändern, um den §10a zur Ausmusterung einer wenn auch nur eng begrenzten Zahl von Nachtspeicherheizungen in der neuen EnEV wirksam und durchführbar werden zu lassen. Mit den Ländern soll gar eine Vereinbarung zur Sicherstellung (Kontrolle) der Einhaltung getroffen werden.

Längst haben sich alle anderen Parteien, auch Die Linke, auf die Neupositionierung der elektrischen Speicherheizungen als wichtige Komponente im künftigen Wärme-

markt als Zwischenspeicher für die volatilen Stromüberschüsse aus Wind- und Solar-energie umorientiert. Auf schon laufende Modellversuche zur technischen Umsetzung mit wieder günstigerer Preisgestaltung des Wärmestroms sei hingewiesen (s. Zusammenfassung der Parteiantworten). Die FDP kann für sich in Anspruch nehmen, ein Wahlversprechen eingelöst zu haben. Sie hat nämlich bei der Abstimmung der vorausgegangenen Änderung des EnEGs im Bundestag im Dezember 2008 die Ermächtigung zur Ausmusterung der Nachtspeicherheizungen verhindern wollen. Die Karlsruher Nachtspeicherszene erinnert sich gerne an die engagierte Unterstützung durch den Karlsruher Bundestagsabgeordneten der CDU Ingo Wellenreuther. Er hat uns bei der Durchsetzung der Aufhebung des Ausmusterungsgebots tatkräftig unterstützt. Man kann es sich kaum vorstellen, dass im Falle einer Rot/Grünen Regierungsbildung das Rad zurückgedreht werden kann.

Fragen zum weiteren Ausbau der regenerativen Energien und zum Strompreis waren weitere Eckpunkte der Wahlprüfsteine der Aktionsgemeinschaft.

Nach Ansicht der Grünen kann wie oben schon angesprochen die Hälfte des Strombedarfs in Deutschland schon 2020 durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Bis 2030 streben sie eine 100%ige erneuerbare Stromversorgung an. Gleichzeitig soll der Kohleausstieg bis dahin forciert werden.

Die anderen Parteien vertreten realistischere Positionen. Es könnte noch Jahrzehnte die Notwendigkeit der Nutzung von konventionellen Kraftwerken zur Sicherstellung der Stromversorgung bestehen. Alle wollen den Netzausbau vorantreiben. Einem sinnvollen Zusammenspiel von zentraler und dezentraler Erzeugung wird eine wichtige Bedeutung eingeräumt. Trotz Forschungsförderung wird auch noch viel Zeit vergehen, bis entsprechende, sich auch ökonomisch rechnende Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen. Hier liegt dann auch die Chance der Zwischenspeicherung in Wärmespeichern bei den privaten Nutzern. Von einer Deckelung der Ausbauziele ist gar die Rede (Linke). Für die Liberalen gilt: Raus aus der Planwirtschaft, rein in die Marktwirtschaft. Trotz genereller Einsicht in die notwendige Reparatur des EEG, sollen mögliche Änderungen unterschiedlich weit gehen.

Neben den anderen Stellschrauben für die Strompreisgrenze muss auch hier eingegriffen werden.

Schon wird angekündigt, dass die EEG-Abgabe im nächsten Jahr um bis zu 20% steigen kann und den Strom entsprechend verteuern wird. Die in der letzten Legislaturperiode nicht mehr angezogene Strompreisbremse, wird die neue Regierung unmittelbar nach der Konstituierung zum Handeln zwingen. Man kann sich nur wundern, dass dieses Thema im Wahlkampf bestenfalls am Köcheln gehalten worden ist. Die wichtigste Diskussion dazu war ins Dritte Programm des SDR abgeschoben worden. Hier kam in der Diskussion zwischen Bundesumweltminister Peter Altmaier und dem Wirtschaftsminister Matthias Machnig von Thüringen zum Ausdruck, dass die beiden größten Parteien im Grundsatz gar nicht so weit auseinander liegen. Man muss sich wirklich fragen, wer die notwendigen Maßnahmen in drei Energiegipfeln bei der Kanzlerin letztendlich verhindert hat und warum.

Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat am deutlichsten die Strompreisfrage im Wahlkampf aufgegriffen, sekundiert von Sigmar Gabriel, der besonders auf die notwendige

EEG-Änderung abgehoben hat. Frank-Walter Steinmeier hat beim Wahlkampfauftritt in Karlsruhe darauf hingewiesen, dass der Staat an den steigenden EEG-Abgaben durch die Mehrwertsteuer mitverdient. Dies müsse durch die Stromsteuer an die Verbraucher zurückgegeben werden. Die SPD schlägt vor, die Stromsteuer um 25% zu senken. Die Linke fordert gar die Senkung der Stromsteuer für private Haushalte auf feste 0,5% pro Kilowattsunde. Keine klaren Äußerungen zu diesem Punkt bei CDU/CSU und FDP (Senkung auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß). Ein weiterer Streitpunkt war in der letzten Legislaturperiode die von Wirtschaftsminister Rösler zu verantwortende Erweiterung der Förderung von Betrieben durch Befreiung von EEG-Abgabe und Durchleitungsgebühren, die der Verbraucher bezahlen muss. Eine weitgehende Rücknahme auf den Stand vor 2009 fordert die SPD. Minister Altmaier ist davon nicht weit entfernt, doch fehlen Konkrete Aussagen von CDU/CSU und FDP dazu. Hier wird zu allgemein mit der bezahlbaren Energie für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz argumentiert, damit Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Die Grünen gehen hier am weitesten, indem sie mit der Rückführung der Industrieprivilegien zusammen mit kurzfristigen Nejustierungen im EEG Privathaushalte und Mittelstand um vier Milliarden EUR im Jahr entlasten wollen. Sie sehen in der „Strompreisbremse“ eine bewusste Ausbaubremse für die erneuerbaren Energien.

Weit in die Zukunft denkt EU-Kommissar Günther Oettinger, als er kürzlich in Karlsruhe die Europäisierung des Stromnetzes, aber auch des Strommarktes forderte und damit eine Senkung der Strompreise für möglich hält.

Details der Antworten sind in der beigefügten Zusammenfassung oder in den ausführlichen Antworten der Parteien auf der Homepage www.nnka.de zu finden, wie auch die Ausformulierung der Wahlprüfsteine.